

**DIE LINKE.** Ratsfraktion, Europaplatz 1, 44575 Castrop-Rauxel

An den  
Bürgermeister der Stadt CAS  
Herrn Rajko Kravanja

... .Februar 2021

44577 Castrop-Rauxel  
Dortmunder Str. 162

☎ 01764 - 5602673

✉ ratsfraktion@die-linke-castrop.de

🌐 [www.die-linke-castrop.de](http://www.die-linke-castrop.de)

## **Antrag zur aufsuchenden Beratung und Begleitung von BürgerInnen in sozialen Angelegenheiten**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kravanja!

Der Antrag zur aufsuchenden Beratung und Begleitung hat dem Rat in seiner Sitzung am 25.6.2020 vorgelegen. Dort ist beschlossen worden, ihn in der neuen Ratsperiode erneut zu behandeln. Dies machen wir hiermit. Wir bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des B 2, des Ausschusses für Generationen und Inklusion und des Rates zu setzen.

### **Antrag:**

**Die Stadt Castrop-Rauxel beschließt, angesichts der großen Beratungs- und Beantragungsnot für Hilfeleistungen bei vielen Familien, vor allen bei den älteren MitbürgerInnen, in Castrop-Rauxel im Bereich Soziales drei neue Stellen einzurichten, die aus den Mitteln für „Leistungen zur Eingliederung in Arbeit“ der Agentur für Arbeit oder aus Programmen von Bund, Land oder EU oder aus Eigenmitteln der Stadt finanziert werden sollen .**

**Die Aufgaben der neuen Stellen bestehen in der aufsuchenden Beratung und Begleitung von BürgerInnen der Stadt Castrop-Rauxel in Angelegenheiten von beispielsweise**

- **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung**
- **Wohngeld und**
- **Beratung in anderen mitbürgerlichen und sozialen Fragen, z.B. Bildungs- und Teilhabepaket.**

### **Begründung:**

Ursachen und Folgen der Armut sind ausreichend untersucht – auf den Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen sind auch einige Maßnahmen dagegen eingeleitet worden – Wohlfahrtsverbände und viele andere Einrichtungen (z.B. die Tafeln) versuchen zu helfen. Sie haben aber nicht vermocht, die Armut wirksam zurückzudrängen! Im Gegenteil, die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen nimmt ständig zu. Ebenso die Ausgrenzung der Verarmten!

Die Armutsquote in Deutschland ist 2019 auf 15,9 % gestiegen (Zahlen aus dem Paritätischen Armutsbericht 2020 von Der Paritätische Gesamtverband). Das problematischste Bundesland bleibt Nordrhein-Westfalen mit 18,5 %. Dort ist das Ruhrgebiet der Armutsstreiber. Dort lag die Armutsquote bei 21,4 %, in der Raumordnungsregion Emscher-Lippe, zu der CAS gehört, sogar bei 21,9 %.

Die mit Abstand stärkste Zunahme des Armutsrisikos zeigt die Gruppe der RentnerInnen, deren Armutsquote zwischen 2006 und 2019 um 66 % gestiegen ist.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie dürfte den Trend zur Verarmung noch einmal spürbar beschleunigen.

**Und:** viele der Unterstützungsmöglichkeiten werden von den Betroffenen nicht in Anspruch genommen.

„Viele Menschen wissen nicht, dass sie anspruchsberechtigt sind oder erwarten nur geringe Beträge. Andere trauen sich nicht zuzugeben, dass sie bedürftig sind, und wieder anderen ist das Verfahren zu bürokratisch und aufwendig“ (DIW-Wochenbericht 49/2019).

So nehmen z.B. rund 60 % der anspruchsberechtigten SeniorInnen die Grundsicherung nicht in Anspruch – sie wissen nicht davon oder verzichten auf die Leistungen, die das soziale Basisnetz ihnen bietet. Vermutlich mehr als

1.300 weitere Personen in CAS hätten Anspruch auf Grundsicherung statt der 520, die tatsächlich den Antrag gestellt hatten.

Von den Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets werden nach Pressemeldungen auch weiterhin nur 15 % der möglichen Leistungen beantragt.

Damit kommen viele Gelder von Land und Bund nicht bei den Berechtigten und nicht vor Ort an.

Daran knüpft der Antrag an: Berechtigte auf Grundsicherung, Wohngeld oder sonstige soziale Leistungen werden durch die aufsuchende Beratung und Begleitung durch die neuen MitarbeiterInnen des Sozialbereichs über ihre Rechte und Ansprüche informiert und bei den umfangreichen Antragsangelegenheiten weitgehend unterstützt. Durch die Anbindung der neuen MitarbeiterInnen an den Sozialbereich ist gewährleistet, dass sie gründlich eingewiesen werden und auch immer auf das Fachwissen im Bereich Soziales und in anderen Bereichen der Verwaltung zurückgreifen können.

Außerdem müssen sie mit anderen Bereichen der Stadtverwaltung, aber auch mit anderen Stellen, z.B. Deutsche Rentenversicherung, Schulen usw. zusammenarbeiten.

Mit freundlichen Grüßen